

Redeentwurf „Konsequenter Klimaschutz – Keine weiteren Privilegien für die Braunkohle“

Drs 4/9232; Antrag B90/Grüne (RB, 28.06.07)

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Es ist hinlänglich bekannt, daß die Energiepolitik der Sächsischen Staatsregierung von jeher eine Lobbypolitik zugunsten der Braunkohle war und ist.

Schaut man sich aber die jüngsten Forderungen von Ministerpräsident Milbradt und Wirtschaftsminister Jurk nach immer weiteren Privilegien für die Braunkohle an, muß man feststellen, daß diese Art der sächsischen Lobbypolitik inzwischen unerträgliche Züge angenommen hat.

Sachsen macht sich auf Bundesebene lächerlich und die klimapolitische Wirksamkeit des Emissionshandels wird zunichte gemacht.

Außerdem führt die sächsische Forderung nach mehr Zertifikaten für die Braunkohle dazu, daß im Wettbewerb

stehende, energieintensive Industrieunternehmen weniger Zertifikate erhalten werden.

Damit richtet sich die einseitige Lobbypolitik der sächsischen Regierung inzwischen nicht nur gegen den Klimaschutz, sondern geht letztlich auch zulasten ganzer Industriezweige.

Sachsen hatte bereits im Vorfeld des neuen Zuteilungsgesetzes versucht, über den Bundesrat für die Braunkohle noch mehr Privilegien zu sichern.

Das vom Bundestag beschlossene Zuteilungsgesetz enthält eine solche Privilegierung, indem für die Braunkohlekraftwerke eine um 10 Prozent höhere Vollaststundenzahl angenommen wird, was zur Folge hat, daß 10 Prozent mehr Zertifikate kostenlos zugeteilt werden.

Die Unternehmen, die Braunkohle verstromen, - und dabei möchte ich konkret auf Vattenfall eingehen - haben in den letzten Jahren Gewinne in schwindelerregender Höhe erzielt.

Diese Gewinne wurden dadurch erreicht, daß die Stromkonzerne den Handelspreis für die Zertifikate in den Verbraucherpreis einkalkuliert haben, obwohl sie den Unternehmen kostenlos zugeteilt wurden.

Die mächtigen Konzernkartelle haben es durch ihren Einfluß auf die herrschende Politik geschafft, auf Kosten der Energieverbraucher am Emissionshandel zu verdienen.

Wenn genau diese Unternehmen jetzt weitere Vergünstigungen bei der Zuteilung der Zertifikate bekämen, würden deren Gewinne am Ende noch weiter steigen und das klimapolitische Ziel des Emissionshandels – die klimaschädlichsten Energieträger stärker finanziell zu belasten, um sie langfristig zurückzudrängen - würde völlig ad absurdum geführt.

Die derzeitige Politik der Staatsregierung hat nichts mit verantwortungsvoller Energiepolitik zu tun und sie ist in keiner Weise geeignet, langfristig eine zukunftsorientierte Energieversorgung aufzubauen.

Die Ankündigung vom Ministerpräsidenten und vom Wirtschaftsminister, daß kürzlich vom Bundestag verabschiedete Zuteilungsgesetz durch den Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat weiter zu verzögern, zeigt die Hilflosigkeit und die fehlende Weitsicht der Staatsregierung.

Wenn die Braunkohlenkraftwerke weiter nach Bedarf mit Emissionsrechten ausgestattet werden, wird auch weiter darin investiert, und bestehende Verhältnisse werden auf lange Zeit zementiert.

Wir von der NPD-Fraktion sehen darin eine völlig falsche Entwicklung und fordern endlich ein Umsteuern in der sächsischen Energiepolitik.

Dies beginnt zwangsläufig bei der Entscheidung darüber, in welche Technologien zukünftig investiert werden soll.

Die sächsische Regierung tut alles, um die zentralen Strukturen mit Großkraftwerken weiter zu stärken. Wir aber wollen eine dezentrale Struktur.

Sie fördern eine kapitalintensive Energieerzeugung durch Konzerne, bei der nur wenige Arbeitsplätze entstehen.

Wir wollen langfristig eine beschäftigungsintensive Energieerzeugung schaffen, denn Arbeitsplätze werden schließlich dringend benötigt.

Für uns liegt die Zukunft im Ausbau erneuerbarer Energien, im Aufbau von dezentralen Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung und der Schaffung von Arbeitsplätzen in einer arbeitsintensiven Energiewirtschaft.

Dem vorliegenden Antrag werden wir zustimmen, weil es keine weitere künstliche Bevorzugung der Braunkohle geben darf.

Die sächsische Regierung muß endlich erkennen, daß die Zukunft nicht allein in der Braunkohle liegt, und sie muß endlich damit aufhören, immer weitere Sonderregelungen für die Braunkohleverstromung zu fordern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.